Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de

Newsletter **8. Jahrgang, Nummer 5 / 2011**

****

Liebe Leserinnen und Leser,

Stück für Stück gelangt immer mehr über die Reaktorkatastrophen von Fukushima an die Öffentlichkeit. Es würde den Rahmen des BBU-Newsletter sprengen, hier alle Informationen zu dokumentieren. Als Zeichen der Solidarität mit den Menschen in Fukushima und in den von der Katastrophe betroffenen Gebieten verweisen wir hier auf einen eindrucksvollen Redebeitrag einer Japanerin, die spontan beim Ostermarsch in Gronau das Wort ergriffen hat: http://www.youtube.com/watch?v=JC5A6pC9ulQ.
Die BBU-Newsletter-Redaktion wünscht Euch einen erfolgreichen Mai-Ausklang, z. B. bei den bundesweiten Anti-Atomkraft-Demonstrationen am 28. Mai, und einen guten Start in den Juni.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Das BBU-Spendenkonto freut sich auf DEINE Spende …
Spendenkonto: Sparkasse Bonn (BLZ 37050198), Kontonummer: 1900.2666

Ein großes „Danke Schön“ an die ausgeschiedenen Mitglieder des BBU-Vorstands

Der BBU-Vorstand möchte sich auf diesem Wege noch einmal bei den ausgeschiedenen langjährigen Mitgliedern des BBU-Vorstands Harald Gülzow, Karl-Jürgen Prull und Wolfgang Guhle bedanken.
Harald Gülzow begann seine Tätigkeit für den BBU im Jahr 2004 bis 2006 als Revisor. In der nächsten Wahlperiode arbeitete er als beisitzendes Vorstandsmitglied im BBU mit. In den letzten drei Jahren von 2008 bis 2011 steuerte er als Kassierer die finanziellen Angelegenheiten des BBU. Fachlich hat sich Harald im Rahmen seiner Vorstandstätigkeit besonders um den Gewässerschutz gekümmert.
Karl-Jürgen Prull übernahm als Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands im Jahr 2004 die Verantwortung für die Kasse des BBU. Von 2008 bis 2010 arbeitete er als Mitglied im erweiterten Vorstand mit. Inhaltlich brachte er den weiten Bereich der Baubiologie in die Vorstandsarbeit ein.
Wolfgang Guhle war seit fast dreißig Jahren Vorstandsmitglied des BBU. Von 1983 – 1993 war er Mitglied des erweiterten Vorstands. Für die Jahre 1994 – 1995 wurde er in den Geschäftsführenden Vorstand gewählt. Weitere drei Jahre von 1995 – 1998 arbeitete Wolfgang im erweiterten Vorstand des BBU mit. Als Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands repräsentierte er den BBU von 1998 bis 2011. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten der Vorstandsarbeit gehörten die Bereiche Umweltökonomie, Umweltmanagement und konzeptioneller Umweltschutz.
Ein großes Danke Schön an alle Drei für ihre geleistete Arbeit spricht der im Frühjahr 2011 neu gewählte Vorstand des BBU auf diesem Wege aus. Er wünscht Harald, Karl-Jürgen und Wolfgang alles Gute, weiterhin viel Erfolg bei ihren umweltpolitischen Aktionen und vor allem viel Gesundheit, um alle Ziele erreichen zu können.

2. Themenbereiche

Artenschutz

Der Munzur-Natioanlpark in der Türkei ist in Gefahr

An die BBU-Newsletter-Redaktion wurde die Bitte herangetragen, beim Schutz des Munzur-Nationalparks in der Türkei zu helfen. Wir dokumentieren auf der nächsten Seite als Hintergrundinformation Auszüge aus http://www.sosmunzur.com/deutsch.html.
Wer sich bereits mit dem Thema befasst, oder sich engagieren möchte, sollte sich bei der Newsletter-Redaktion unter Buchholz@bbu-bonn.de melden.

„Der Munzur fließt durch die Stadt Dersim-Tunceli, die in Anatolien liegt. 1971 wurde Munzur unter Berücksichtigung aller notwendigen Kriterien von der UNESCO zum Nationalpark erklärt. Nicht nur, dass die in diesem Gebiet verlegten Landminen immer noch nicht beseitigt wurden, wird nun schon seit Jahren am Fluss Munzur einerseits an mehreren stellen Staudämmen gebaut, und andererseits sollen die hohe Wasserqualität sowohl des Flusses als auch der umliegenden Quellen durch Schürfarbeiten auf der Suche nach Gold gefährdet werden.
Durch die Errichtung der Staudämme wird nicht nur der natürliche Verlauf des Flusses Munzur, der das Herzstück dieses schönsten Nationalparks in der Türkei ist, stark verändert, sondern es werden dadurch wichtige Regionen von Mesopotamien unter Wasser gesetzt, was auch eine erhebliche Änderung des Klimas hervorrufen wird.
Bei Schürfarbeiten auf der Suche nach Gold ist es notwendig, hochgiftiges Zyanid in das Wasser des Flusses zu mischen. Damit würden Menschen kostbares Trinkwasser verlieren, überdies würde der natürliche Lebensraum von Menschen, Tieren und Pflanzen in dieser Gegend vernichtet, und der biologische Kreislauf würde unwiderruflich zerstört werden. Die Vergiftung des Munzur-Tals würde bis zum Persischen Golf reichen und Millionen von Lebewesen gefährden.
Eine Region unter Naturschutz zu stellen hat den Sinn, Leben und Lebewesen zu schützen und nicht zu gefährden. Umso unverständlicher erscheint es, dass man gerade im Nationalpark Munzur gegen diese Regel gröblichst verstoßen hat, indem man sowohl die Errichtung von neun Staudämmen wie auch die Goldschürfarbeiten genehmigt hat.
Die wunderbare Natur in Munzur schreit um Hilfe – jetzt kann noch verhindert werden, dass der Lebensraum von Fauna und Flora vernichtet wird. Unterstützen Sie diese Kampagne: "S.O.S. Munzur ist in Gefahr".“

Atomindustrie

Mehr als 120.000 Menschen haben Ostermontag allein in Deutschland gegen Atomenergie demonstriert. An 12 Atomanlagen machten die Menschen klar, dass sie die überall in Land lauernde Gefahr nicht länger hinnehmen wollen und forderten: AKWs abschalten.

Die Innenstadt von Biblis musste wegen Überfüllung gesperrt und viele Demonstranten auf andere Flächen umgeleitet werden. Für viele Standorte war dies die größte Demonstration seit Jahrzehnten oder überhaupt. In ganz Deutschland hatten sich Menschen seit dem Vormittag versammelt und sich dann mit Bussen, Autos, Fahrrad-Konvois und Treckern auf den Weg gemacht. Die Demonstrationen boten ein buntes, vielfältiges Bild: Alle Generationen, unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen.

Die uns von den Standorten übermittelten Zahlen:

- Biblis 15.000
- Braunschweig Land 11.000
- Brunsbüttel 6.000
- Esenshamm 8.000
- Grafenrheinfeld 15.000
- Grohnde 20.000
- Gronau/Ahaus 15.000 (letzte Meldung 18.00 Uhr)
- Gundremmingen 10.000
- Krümmel 17.000
- Lubmin knapp 2.000
- Neckarwestheim 8.000
- Philippsburg 3.000

Fotos von allen Standorten: http://www.flickr.com/photos/61978050@N02
Quelle: www.tschernobyl25.de

Hans-Heinrich Sander plädiert für oberirdische Dauerlager
BI Umweltschutz geht auf Distanz zum niedersächsischen Umweltminister

Oberirdische Dauerlager sind kein Beitrag zur Atommüll"entsorgung". Damit würde der Status Quo des Atommülldilemmas nur fortgeschrieben - die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) kann sich nicht für den neuesten Vorstoß des niedersächsischen Umweltminister Hans-Heinrich Sander erwärmen. Der FDP-Politiker plädiere letztlich dafür, die Atommüll"entsorgung" auf die lange Bank zu schieben. "Auf der Tagungsordnung steht derzeit ein Neustart der Endlagersuche ohne Gorleben, in einem vergleichenden Suchverfahren müssen sich lagerübergreifend alle Länder dieser Verantwortung stellen", meint die BI. Die Frage sei am Ende, ob der hochradioaktive Müll rückholbar gelagert werden solle oder nicht. "Absurd ist die Vorstellung, den heißen Müll oberirdisch zu lagern und auch noch als Wärmequelle zu nutzen, aber Absurdität ist ein Markenzeichen Sanders", merkt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke an. *Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow - Dannenberg e.V. vom 11.05.2011; die BI gehört dem BBU an. http://www.bi-luechow-dannenberg.de*

Bundesweiter Aufruf zur Teilnahme an einer der 21 Anti-Atomkraft-Demonstrationen am 28. Mai

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima hat erneut gezeigt: Atomkraft ist unbeherrschbar und birgt ein tägliches, tödliches Risiko. Hunderttausende gehen deshalb in diesen Monaten bundesweit auf die Straße und fordern entschieden den Atomausstieg. Die Bundesregierung aber will erst im Juni beschließen, welche Konsequenzen sie aus Tschernobyl und Fukushima zieht – offiziell auf Basis eines Sicherheitschecks aller AKW. Doch in Wahrheit wird der öffentliche Druck bestimmen, ob jetzt endlich Schluss mit der gesamten Atomindustrie ist, die acht derzeit abgeschalteten Reaktoren endgültig stillgelegt werden und die restlichen ihnen folgen.
Unsere Chance, den Ausstieg durchzusetzen, war noch nie so groß. Am 28. Mai finden, erstmals am gleichen Tag, Großdemonstrationen in etwa 20 Städten bundesweit statt. Wir wollen mit zigtausenden Menschen ein kraftvolles Signal an die Regierung senden. Nach Fukushima gibt es nur noch eine Richtung und die heißt: Alle AKW abschalten – sofort und endgültig! Die Zukunft liegt bei den Erneuerbaren Energien, gemeinsam mit Energieeffizienz und Energiesparen.
Kommen Sie zu einer der Großdemonstrationen in Ihrer Nähe und protestieren Sie mit!
Auch der BBU ruft zur Teilnahme auf! Infos zu allen 21 Demonstrationen unter http://anti-atom-demo.de

Bundesweite Anti-Atom-Manifestationen - "Jetzt schlägt´s 13" - BI Umweltschutz startet Anti-Castor-Mobilisierung

Bundesweit wird am kommenden Samstag in über 20 Städten für den sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft demonstriert. Atomkraftgegner aus dem Wendland werden sich in Hamburg, Hannover und Uelzen an den Demonstrationen beteiligen, zugleich drücken die Gorleben-Gegner den Startknopf für die Mobilisierung gegen den nächsten Castor-Transport, der im November unbeirrt von der Ausstiegsdebatte wieder nach Gorleben rollen soll. "Jetzt schlägt´s 13" heißt die Devise. Gerade erst wurden vom niedersächsischen Innenministerium Zahlen zum 12. Castor bekannt gegeben. Der Einsatz kostete Niedersachsen 33,5 statt der kalkulierten 22 Millionen Euro. Längere Blockaden hätten eine 68-stündige Transportzeit in Deutschland bedingt. "Bei allen Sicherheitsbetrachtungen wurden die Zwischenlager ausgeklammert und unter Tage im Salzstock Gorleben schafft die Bundesregierung weiter Fakten durch den Ausbau des Bergwerks", kritisiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Um die Debatte um die Endlagerung des Atommülls und ein Ende des Gorleben-Projekts zu befeuern, wird am Samstag die "Gorleben Rundschau" als Zeitungsbeilage herausgegeben und schaltet die Mobilisierungs-Webseite frei. "So früh haben wir noch nie mit der Mobilisierung begonnen", sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Aber die Tatsache, dass sich maßgebliche politische Kräfte einmal mehr am Thema Atommüll vorbeimogeln wollen, mache den vorgezogenen Start der Castor-Mobilisierung notwendig. Infos unter http://www.gorleben-castor-2011.de
Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow - Dannenberg e.V. vom 26.05.2011; die BI gehört dem BBU an. http://www.bi-luechow-dannenberg.de

Zum 100 Millionen Euro KONRAD-Fond: Schäden doch nicht mehr „irrational“ – Berlin zahlt!

Zur Unterzeichnung des Vertrages über den KONRAD-Fond durch Bundesumweltminister Röttgen und Ministerpräsident McAllister heute um 14.00 Uhr im Rathaus in Salzgitter-Lebenstedt erklärt Ursula Schönberger für die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD:
"Vor ziemlich genau 16 Jahren erschien ein Artikel in der Salzgitter Zeitung (23.5.1995) unter der Schlagzeile „Schäden „irrational“ – Bonn zahlt nicht“. Die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel hatte anlässlich ihres Besuches in Salzgitter einen Entschädigungsfonds kategorisch abgelehnt: „Wenn man einen Entschädigungsfonds initiiert, würde man ja zugeben, dass man hier was ganz Schlimmes macht bei Ihnen“.
16 Jahre später gibt man also endlich zu, dass man unserer Region etwas ganz Schlimmes antut. Doch was sollen wir mit schicken Sportstätten und Mehrzweckhallen wenn unsere Kinder an Krebs erkranken, wenn unsere Landwirte ihre Produkte nicht mehr verkaufen können und die Betriebe aus der Region abwandern? Wir wollen das Blutgeld nicht. Die Region trägt mit den beiden havarierten Endlagern Asse II und Morsleben genug Lasten für die Bundesrepublik. Die Einlagerung von Atommüll in Schacht KONRAD muss nicht entschädigt, sondern verhindert werden!"
Hintergrund: Der KONRAD-Fonds soll durch jährliche Zahlungen bis 2043 mit einem Gesamtbetrag von 100 Millionen Euro ausgestattet werden, wovon den weitaus größten Teil die AKW-Betreiber einzahlen sollen, der kleinere Teil aus dem Bundeshaushalt beigesteuert wird. Die AKW-Betreiber haben ihren Beitrag an unterschiedliche Bedingungen geknüpft, z.B. einen laxeren Umgang mit den Annahmebedingungen des KONRAD-Mülls. Benachbarte Kommunen haben geltend gemacht, dass auch sie von KONRAD betroffen sind.
Rückfragen: Ursula Schönberger, schoenberger@ag-schacht-konrad.de; http://www.ag-schacht-konrad.de

Die Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau stoppen! Kundgebung am 3. Juli

(UB) Der Ostermarsch in Gronau war mit 15.000 TeilnehmerInnen ein riesiger Er-folg. Doch es müssen weitere Proteste folgen, damit die NRW-Landesregierung endlich auf Ausstiegskurs kommt und die Betriebsgenehmigungen der Urananreicherungsanlage aufhebt.
Daher ruft der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau zur Teilnahme an einer Kundgebung vor der UAA auf, und zwar am 3. Juli, 13.00 Uhr.
Kontakt: www.aku-gronau.de; der AKU Gronau ist BBU-Mitglied.

C02-Endlagerung

CO2-Speicherung in Kohleflözen auch in Deutschland?

Dazu werden zwei Möglichkeiten erforscht:

„CO2-Speicherung in in-situ umgewandelten Kohleflözen“

Mittels Untertagevergasung (UTV) wird das im Kohleflöz vorhandene Methan gefördert und anschließend CO2 eingelagert. „Seit wenigen Jahren wird eine Verbindung der Untertagevergasung (UTV) mit der CO2-Speicherung in den entstandenen Hohlräumen auf internationaler Ebene in Betracht gezogen und führte zu einer intensivierten Forschung im Bereich der UTV sowie zu politischen Aktivitäten in mehreren Ländern. ...

Die Zielsetzung des Projektes ist die Entwicklung und Untersuchung eines Niedrigemissions-Kraftwerkes basierend auf der Nutzung von synthetischem Gas aus der UTV und einer anschließenden CO2-Speicherung in den resultierenden Überresten der in-situ umgewandelten Kohleflöze. Hierbei werden Wirtschafts- und Umweltaspekte im Hinblick auf die zu entwickelnde UTV-CCS-Technologie untersucht und evaluiert. ...

Im Rahmen des damaligen vom BMFT geförderten Programms K2G (Kohlegewinnung Zweite Generation) wurden zahlreiche europäische UTV-Forschungsprojekte erfolgreich durchgeführt und die generelle Anwendbarkeit der UTV in tief gelegenen Lagerstätten durch mehrere Pilotprojekte bestätigt.“ so auf der Homepage http://www.co2sinus.org/untertagevergasung.html

„CO2 Enhanced Coal Bed Methane Recovery“ (CO2-ECBM)

Bei diesem Verfahren wird CO2 in die tiefen Kohleflöze injiziert. Da Kohle eine größere Neigung hat CO2 am ihrer Oberfläche zu adsorbieren als Methan wird dieses gelöst und kann über die Entnahmebohrungen so gefördert werden. Das CO2 verbleibt in den Kohleflözen.

In Polen gibt in dem schlesischen Kohlebecken seit 2004 dazu Injektionsversuche. Diese wurden im Rahmen eines von der EU geförderten Forschungs- und Demonstrationsprojekt durchgeführt. http://recopol.nitg.tno.nl/index.shtml

Der VSR-Gewässerschutz beobachtet schon seit langem die verschiedenen CO2-Speicherungsmöglichkeiten und ihre Gefahren für das Grundwasser. Gerade da zurzeit besonders die Methanförderung aus Kohleflözen in Deutschland forciert wird, sieht der Verein das Risiko, dass hier diese Methoden auch in Deutschland angewendet werden sollen. Gefahren der CO2-Speicherung im Untergrund kann man auf der Homepage unter http://www.vsr-gewaesserschutz.de/19.html und unter http://www.vsr-gewaesserschutz.de/6.html nachlesen.

Susanne Bareiß-Gülzow, VSR-Gewässerschutz; der VSR-Gewässerschutz ist BBU-Mitglied.

Genehmigungsverfahren

Zement- und Kalkwerke Otterbein GmbH & Co. KG (ZKW Otterbein) in Großenlüder-Müs beantragen Steinbruchvertiefung mit Grundwasserabsenkung

Die ZKW Otterbein beantragen im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens die Vertiefung ihres Kalksteinbruchs und die weitere Absenkung des Grundwassers in Großenlüder-Müs (Osthessen), geographisch am östlichen Rand des Vogelsbergs gelegen. Die Genehmigungsbehörde, das Regierungspräsidium Kassel, sieht eine Offenlegung der Antragsunterlagen ab dem 06.06.2011 in den betroffenen Gemeinden vor.

Die Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder e.V. wird in diesem Verfahren fachliche Stellung beziehen und ruft die betroffenen BürgerInnen auf, Einsicht in die Antragsunterlagen zu nehmen und Einwendungen zu erheben.

Zur Finanzierung ihrer Arbeit erbittet die Bürgerinitiative Spenden auf ihr Konto bei der Sparkasse Großenlüder. Konto-Nr. 29 003 765, BLZ 530 501 80. Weitere Informationen unter www.pro-grossenlueder.de.

Kerstin Desch-Wöhrl, Vorsitzende der Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder e. V. und BBU-Vorstandsmitglied; die BI ist eine Mitgliedsinitiative des BBU.

Gewässerschutz

Biozide in Reinigungs- und Waschmittel – Auswirkungen auf unsere Gewässer

Die Werbung suggeriert seit Jahren, dass zur Reinigung und zum Waschen antibakterielle Produkte nötig sind. Ob zum Hände waschen, als Hygienespüler beim Wäsche waschen oder zur Desinfektion der Toilette. Hier nutzen einige Hersteller die Angst vor Grippeviren, Noroviren etc. aus um ihre Produkte gut vermarkten zu können. Doch diese antibakteriellen Produkte sind nicht nur unnötig, sondern wer diese Wasch- und Reinigungsmittel anwendet gefährdet unnötigerweise die Trinkwasserqualität, sowie die Wasserqualität in unseren Flüssen und Nordsee. Der VSR-Gewässerschutz fordert aus diesem Grund zumindest ein Verbot der Werbung für diese Produkte. Manche Desinfektionsmittel wie z.B Triclosan bilden sogar schwerabbaubare Stoffe. Es wurde nachgewiesen dass Triclosan beim Abbau in der Umwelt und unter UV-Licht zu chlorierten Dioxinen umgewandelt werden kann. Es trägt somit zur verbreiteten Dioxinbelastung der Umwelt bei.

Folgende Stoffe sollten im Haushalt besser vermieden werden:

• Isothiazolinderivate: Zu diesen zählen Chlormethylisothiazolinon (CMIT) und Benzisothiazolinon (BIT), die in Wasch- und Reinigungsmittel eingesetzt werden.

• Triclosan; es wird auch als Irgasan, Cloxifenol, etc bezeichnet.

• Benzalkoniumchlorid oder Natriumhypochlorit, die in Allzweckreiniger, Hygienereiniger und Desinfektionsreiniger enthalten sind.

Doch es ist für den Verbraucher sehr mühselig nachzuschauen, welche Stoffe nun wirklich in den Produkten verwandt werden. Deshalb rät der VSR-Gewässerschutz generell von Reinigungs- und Waschmittel auf denen der Hinweis: „Biozide sicher verwenden“ steht zu verzichten.
Ausführlichere Informationen im Rundbrief 1/2011 des VSR-Gewässerschutzes unter
http://www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/Rundbrief+VSR+01+2011.pdf

Kohlekraftwerke

Neugegründet: Bürgerinitiative Zukunft Fechenheim

(UB) Vor Wenigen Wochen wurde die „Bürgerinitiative Zukunft Fechenheim“ gegründet, die sich gegen den Bau eines Braunkohlestaubkraftwerks engagiert. Informationen über die Arbeit der BI findet man hier: http://zukunftfechenheim.wordpress.com.
Am 7. Mai haben rund 150 Personen gegen den Bau des Kraftwerks demonstriert. Hintergrundinformationen und ein Grußwort des BBU gibt es unter *http://zukunftfechenheim.wordpress.com/dokumente*

Stromwechsel

BBU-Stromwechselkampagne

(UB) Für den BBU ist es völlig klar: Die Nutzung der Atomenergie ist hochgefährlich und unverantwortlich. Das war vor Fukushima bekannt und jett gilt es, den Sofortausstieg noch vehementer einzufordern. AKW-Restlaufzeiten oder das Ausklammern der Uranfabriken in Gronau und Lingen aus der gesamten Ausstiegsdebatte sind nicht hinnehmbar. Eine Form des Protestes besteht im Stromwechsel. Weg vom Atomstrom, hin zu echtem (!) Ökostrom. Der BBU kooperiert in seiner Stromwechselkampagne mit den Elektrizitätswerke Schönau, die ursprünglich als Stromrebellen Bekanntheit erlangten. Mehr zur BBU-Stromwechselkampagne unter http://www.bbu-online.de/EWS/EWS1.htm. Bei Fragen oder Unklarheiten einfach in der BBU-Geschäftsstelle anrufen: 0228-214032.

Verkehrspolitik

Trierer Manifest an Bundesverkehrsminister überreicht

Bei der Eröffnungs-Talk-Show der ARD Themenwoche "Der mobile Mensch" überreichte Professor Heiner Monheim von der Universität Trier Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer das "Trierer Manifest". Das Manifest enthält "21 Anforderungen für die notwendige Verkehrswende im 21. Jahrhundert".
Mit der "Charta von Athen" wurden vor knapp 80 Jahren die stadtplanerischen Grundlagen für die weltweite Auto- und Staugesellschaft gelegt. Das nun vorgelegte Trierer Manifest enthält die notwendigen Strategien und Maßnahmen einer nachhaltigen Verkehrswende im Landverkehr, mit Schwerpunkt auf den Personenverkehr.
Ein Entwurf des Manifestes wurde im Vorfeld des 18. Bundesweiten Umwelt- und VerkehrsKongresses (BUVKO) an der Universität Trier durch ein Team der Veranstalter FUSS e.V. Fachverband Fussverkehr Deutschland, UMKEHR e.V. Informations- und Beratungsbüro für Verkehr und Umwelt und Vereinigung für Stadt- Regional- und Landesplanung SRL erarbeitet. Unterstützt wurden sie von Professor Monheim und weiteren Fachleuten. Dieser Entwurf wurde zum Abschluss des BUVKO dem Plenum in Trier vorgetragen, anschließend konnten einen Monat lang auf der Kongress-Website www.buvko.de Anregungen vorgebracht werden.
Das "Trierer Manifest" steht zur Unterzeichnung und Kommentierung unter www.buvko.de > Ergebnisse > Trierer Manifest bereit. Die drei Verbände wünschen sich, dass viele weitere Verbände und interessierte Personen das Manifest unterzeichnen und damit ihre Unterstützung für eine nachhaltige Verkehrspolitik dokumentieren.
Kontakt: UMKEHR e.V., info@umkehr.de, http://www.umkehr.de
Verkürzte Pressemitteilung des UMKEHR e.V. vom 26.05.2011; UMKEHR und FUSS sind BBU-Mitglieder

Neuer Newsletter von FUSS e. V. und UMKEHR e. V. erschienen

Am 24. Mai 2011 ist der Newsletter des FUSS e.V. Fachverband Fußverkehr Deutschland und des UMKEHR e.V., Informations- und Beratungsbüro für Verkehr und Umwelt, erschienen.
Zum Inhalt heißt es in einem Anschreiben von FUSS e. V. und UMKEHR e. V.: "Diesmal geht es u. a. um das Trierer Manifest, einer Diskussionsgrundlage für die Bewegung für nachhaltige Mobilität. Außerdem stellen wir Ihnen ein Angebot vor, wie Senioren nicht nur sicher, sondern auch mobil sein können. Außerdem haben wir eine Bitte hinsichtlich der Weiterentwicklung des Nationalen Radverkehrsplans an Sie. Viel Spaß beim Lesen!
Möchten Sie das Trierer Manifest und die BUVKO-Ergebnisse per Post zugesandt bekommen? Dann benötigen wir ganz altmodisch Ihre Adresse. Bitte leiten Sie diesen Newsletter an Interessierte weiter. Für neu Hinzugekommene: Wenn Sie diesen Newsletter selbst direkt beziehen wollen, schicken Sie bitte eine Mail mit dem Betreff "Mail-Rundbrief" an info@umkehr.de oder info@fuss-ev.de.“

Eversburger fürchten Lkw-Lärm und –Abgase. Die Stimmung ist gereizt in Osnabrück-Eversburg

Anlieger protestierten gegen die Ansiedlung der Spedition Koch.

- Standortsuche scheiterte bislang an dem massiven Widerstand der Anwohner
- Massiver Widerstand der Eversburger wird nicht zur Kenntnis genommen

- Bürger trickreich im Genehmigungsverfahren ausgeschlossen
- Ca. 1400 zusätzliche Lkw-Fahrten pro Tag durch das Wohngebiet Eversburg
- Der OB bat die Anlieger, das Gesamtinteresse der Stadt zu sehen und nicht nur ihr Eigenes

Seit zehn Jahren sucht die Spedition Koch International für Ihr Logistikzentrum ein ca. 15 ha großes Areal um Ihre Standorte an einem Ort zu zentrieren. Die Spedition beschäftigt 725 Mitarbeiter mit 225 Lkw für den Stückgutverkehr an 16 Standorte in der Region. 46 Partner aus ganz Deutschland liefern Stückgut an, die Koch an die Adressaten in der Region verteilt. Die Standortsuche scheiterte immer an dem massiven Widerstand der betroffenen Anwohner. Bis der Osnabrücker Oberbürgermeister (OB) Firmenchef Heiner Koch anrief und das brachliegende 15 ha große GVZ wie Sauerbier Anbot.
Seit 1993, nach Absage der Deutschen Bundesbahn, leidet die OGE (Osnabrücker Grundstücks- und Erschließungsgesellschaft, städtische Tochtergesellschaft), im Besitz der Stadt Osnabrück, unter der schweren finanziellen Last. Für den Kaufpreis von 17 Millionen € muss die OGE bis heute Zinsen zahlen, die zusammen an die 30 Millionen € gehen dürften. Der Oberbürgermeister sprach von einer „sehr, sehr erfreulichen Entwicklung“ und das wurde auch von allen Ratsfraktionen einhellig begrüßt. Ernst zunehmende Bürgerproteste, die die Ansiedlung verhindern könnten, sind nicht zu erwarten. Trickreich wurde der alte Bebauungsplan „Güterverkehrszentrum“ B507/508 vom 22.12.1995 aus der Schublade gezaubert, um damit alle Einspruchsmöglichkeiten der Bürger im Keime zu ersticken. Kein Genehmigungsverfahren, keine Einspruchsmöglichkeiten, kein Umweltgutachten. Das Verkehrsaufkommen, verbunden mit Lärm und Abgase, durch zusätzliche ca. 1400 Lkw-Fahrten pro Tag der Spedition Koch verursacht, wird den Anliegern in Eversburg aufgezwungen. Der OB verwies auf Abwägungsprozesse, die erforderlich seien. Er bat die Anlieger, das Gesamtinteresse der Stadt zu sehen und nicht nur ihr eigenes, so verständlich das im Einzelfall sei. „Aber wenn Infrastrukturmaßnahmen nur noch von den Anliegern entschieden würden, dann können wir einpacken, dann ist gestaltende Politik überhaupt nicht mehr möglich.“ „Stuttgart 21 lässt grüßen“
Weitere Links
http://www.noz.de/lokales/53515168/koch-ansiedlung-misstrauen-und-vorwuerfe-auf-info-abend-der-stadt
http://www.noz.de/lokales/53167466/stuttgart-21-laesst-grueen-anwohner-aus-haste-eversburg-und-pye-gegen-koch-ansiedlung
http://www.noz.de/lokales/52274156/der-wutbuerger-denkt-zuerst-an-sich
http://www.noz.de/lokales/53311660/stadt-klagt-gegen-den-landkreis
http://www.osnabrueck.de/images_design/Grafiken_Inhalt_Wohnen_Verkehr/Praesentation_GVZ_Info-Veranstaltung_11_04_14.pdf
W. Meyer, Eversburg21, http://www.eversburg21.de. Die BI “Eversburg 21” ist BBU-Mitglied

Neue Website zur Senioren-Verkehrssicherheit

Insbesondere ältere Menschen gehören neben Kindern weiterhin zu den Bevölkerungsgruppen, die am häufigsten Opfer von Verkehrsunfällen werden. Im Jahre 2008 waren 20% der Einwohner in Deutschland mindestens 65 Jahre alt. Ihr Anteil an den Verkehrstoten war jedoch viel höher: Knapp ein Viertel aller getöteten Verkehrsteilnehmer, über die Hälfte der getöteten Fußgänger sowie die Hälfte der getöteten Radfahrer waren im selben Jahr im Seniorenalter.
Damit sich diese traurige Bilanz in Zukunft bessert, hat der Fachverband Fußverkehr den Internet-Service www.SENIOREN-mobil.de ins Netz gestellt. Bernd Herzog-Schlagk, Leiter des FUSS e.V.-Projekts "Senioren - Sicher - mobil": "Die Bevölkerung wird bekanntlich immer älter. Wenn wir jetzt nichts tun, könnte die Zahl der Unfälle im Straßenverkehr wieder zunehmen! Ziel der europäischen Staaten ist es aber, im Zeitraum von 2010 bis 2020 die Zahl der Verkehrstoten zu halbieren."
Die neue Website www.SENIOREN-sicher-mobil.de bietet neben den auf unsere Anfrage erhaltenen Angeboten auch Hintergrundinformationen, Hinweise und Verhaltens-Tipps für alle älteren Verkehrsteilnehmer, unabhängig davon, ob sie zu Fuß, mit dem Rad, dem Auto oder den öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind. Zielgruppen sind darüber hinaus Verkehrs- und Mobilitätsberater sowie Planer und Entscheidungsträger rund um das Thema Verkehrssicherheit und Mobilität.
Aus einer Pressemitteilung des FUSS e.V. - Fachverband Fußverkehr Deutschland vom 6. Mai 2011, Kontakt: http://www.fuss-ev.de; FUSS ist BBU-Mitglied.

3. Lektüre

BBU-Pressemitteilungen

Aktuelle Pressemitteilungen des BBU haben in diesem Newsletter leider keinen Platz mehr gefunden, aber sie können hier nachgelesen werden: http://www.bbu-bonn.de/Presse.htm

Impressum
BBU-Newsletter Nr. 5/ 2011, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.06.2011. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.